

Arbeitsgemeinschaft

LEBENDIGE GEMEINDE MÜNCHEN

November 2016

Informationsbrief

3/2016

Seite

| | |
|--|----|
| Editorial Pfarrer Dieter Kuller | 2 |
| Reformation und Heilsgewissheit Pfarrer Dieter Kuller..... | 2 |
| Evangelische Kirche hat Angst vor eigenen Glaubenswahrheiten idea..... | 5 |
| Der Missionsbefehl ist der entscheidende Auftrag Jesu an die Kirche (idea) | 5 |
| Kampf für ungeborene Kinder Bolko v. Bonin | 6 |
| Gender-Ideologie Bolko v. Bonin und Nachrichten..... | 8 |
| Als Christen achten wir Muslime, lehnen aber die Religion des Islams ab..... Helmut Matthies | 16 |
| Nachrichten: | |
| Integration von Muslimen | 17 |
| Oekumene | 18 |
| Aufgelesen..... | 20 |
| Ruf zur Klarstellung | 23 |
| Veranstaltungshinweis | 23 |
| Literaturhinweis | 23 |
| Impressum | 24 |

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

das 500. Jubiläum des Thesenanschlags wirft seine Schatten voraus. Sogen. Lutherstätten, also Orte, wo Luther gewohnt, übernachtet, gelehrt oder gepredigt hat, werden landauf, landab renoviert (vorbildlich z. B. die ‚Lutherstiege‘ in St. Anna in Augsburg). Dass bei offiziellen Vorbereitungen manchmal auch wichtige Anliegen Luthers übersehen werden, zeigt der folgende Beitrag ‚Reformation und Heilsgewissheit‘. Die Gender-Ideologie wird von bestimmten Interessengruppen weiter forciert und findet inzwischen auch in Lehrpläne Eingang. Hier ist Widerstand notwendig. Wie üblich finden Sie in unserem Brief wieder aktuelle Infos u.a. zu Ökumene, Islam, Lebensrecht.

Wenn dieser Brief Sie erreicht, steht die Adventszeit vor der Tür. Ich grüße Sie herzlich mit dem Monatsspruch für Dezember „Meine Seele wartet auf den Herrn mehr als die Wächter auf den Morgen“ (Psalm 130,6) und wünsche Ihnen ein gesegnetes Christfest.

Ihr Pfarrer Dieter Kuller

Reformation und Heilsgewissheit

Im nächsten Jahr feiern wir Protestanten unser großes Fest. Am 31. Oktober 2017 ist es genau 500 Jahre her, dass Martin Luther seine 95 Thesen veröffentlicht hat. Die EKD hat für die mediale Einstimmung auf dieses Ereignis eine eigene Botschafterin ernannt, die Theologin Dr. Margot Käßmann. Zusammen mit dem bayerischen Landesbischof und EKD-Ratsvorsitzenden Dr. Heinrich Bedford-Strohm hat sie jetzt ein Buch herausgegeben: „Die Welt verändern – Was uns der Glaube heute zu sagen hat“ (Aufbau Verlag Berlin 2016). Der Titel ist Programm und erinnert an das vor drei Jahren erschienene Buch von Margot Käßmann mit dem Titel „mehr als ja und amen – doch, wir können die Welt verbessern“ (adeo Verlag 2013; s. Infobrief 3/2014, S. 4). Das neue zusammen mit Bedford-Strohm herausgegebene Buch lenkt den Blick bewusst auf das Reformationsjubiläum und reiht sich damit in die 2008 eröffnete Lutherdekade ein, die auf das Jubiläum hinführt und es vorbereitet. Für jedes Jahr gab es ein Schwerpunktthema:

2009 „Reformation und Bekenntnis“ mit Akzent auf Johannes Calvin

2010 „Reformation und Bildung“ mit Akzent auf Philipp Melancthon

2011 „Reformation und Freiheit“. 2012 „Reformation und Musik“

2013 „Reformation und Toleranz“. 2014 „Reformation und Politik“

2015 „Reformation – Bild und Bibel“ zum 500. Geburtstag von Lucas Cranach

2016 „Reformation und die Eine Welt“

Zu all diesen Themen lassen sich bei Luther Zitate finden, die Weimarer Ausgabe (WA) seiner Schriften umfasst 127 Bände mit ca. 80 000 Seiten. Ein Bereich, der für Luther sehr wichtig war und zum Anstoß der Reformation wurde fehlt jedoch in dieser Themenreihe: ‚Reformation und Heilsgewissheit‘. Dazu sucht man auch in dem neu erschienenen Buch vergeblich einen Beitrag. In den aufgezeichneten Gesprächen, die Frau Käßmann und Landesbischof Bedford-Strohm mit bekannten Persönlichkeiten geführt haben, wird vieles behandelt, was in unserer Zeit wichtig und notwendig ist.

In einem zweiten Teil werden 15 Evangelische vorgestellt, „die die Welt veränderten“. Beschrieben werden Menschen, die sich für Nachhaltigkeit, für Pädagogik, für Kriegsverletzte, gegen Kreditwucher und gegen Abwertung der Frauen, gegen Wettrennen oder gegen Rassismus einsetzten.

So wichtig und gut diese Themen und die Erinnerung an ihre Vordenker sind – aber das kann nicht alles sein, „was uns der Glaube heute zu sagen hat“. Etwas Grundlegendes fehlt: Dass die Botschaft Jesu über dieses Leben hinausreicht, dass mit dem Tod nicht alles aus und vorbei ist. Der Gedanke an Tod, Gericht und ewiges Leben war den Menschen im Mittelalter stets gegenwärtig, entsprechend der Ankündigung Jesu: *„Es kommt die Stunde, in der alle, die in den Gräbern sind, seine Stimme hören werden, und werden hervorgehen, die Gutes getan haben, zur Auferstehung des Lebens, die aber Böses getan haben, zur Auferstehung des Gerichts“* (Joh 5,28 f). Die intensive Beschäftigung mit dem Gericht Gottes und dem persönlichen Heil nach dem Tod prägte das Leben Martin Luthers und seiner Zeitgenossen. Luthers Vorstellung, Gott durch die Erfüllung aller Forderungen des Mönchslebens zu gefallen und dafür nach dem Tod belohnt zu werden, hat er im Ringen um die Frage „Wie bekomme ich einen gnädigen Gott?“ als den falschen Weg erkannt. Bekannt ist sein Wort: „Ist je ein Mönch durch Möncherei in den Himmel gekommen, so wollte ich auch hineingekommen sein“ (WA 18,292).

Als Professor der Theologie an der Wittenberger Universität erlebte Luther während seiner Arbeit am Römerbrief den Durchbruch „von der Leistungsfrömmigkeit und dem Markt religiöser Verrichtungen hin zur Glaubens- und Gnadenfrömmigkeit. Für Luther und seine Anhänger war Heilsgewissheit allein und gratis im Glauben an Christus zu finden“ (Heinz Schilling). Als Pfarrer an der Wittenberger Stadtkirche erhielt Luther Kenntnis vom Ablasshandel. Die Zeitgenossen Luthers kauften die Ablassbriefe aus Angst vor dem Fegefeuer (These 27,35) und für das (ewige) Heil ihrer Seele (These 32,52). Dazu bezog Luther in den 95 Thesen Stellung indem er die Buße als Grundhaltung des christlichen Lebens herausstellte (These 1) „bis zum Eingang ins Himmelreich“ (These 4) und den Ablass als dem Evangelium widersprechend anprangerte. Es folgten Jahre konzentrierter theologischer Arbeit mit der Bibel. Die Heilige Schrift ist für Martin Luther ein Buch, „das aller anderen Bücher Weisheit zur Narrheit macht, weil keins vom ewigen Leben lehrt außer diesem“ (WA 50, 659). In seinen Vorlesungen, Predigten und Schriften greift Luther deshalb auch immer wieder den Gedanken an Tod und Ewigkeit auf, wie z. B. im ‚Sermon von der Bereitung zum Sterben‘ (1719), ‚Vom unfreien Willen‘ (1525), in den Katechismen (1529).

Natürlich war auch Martin Luther ein Kind seiner Zeit und man kann nicht alles, was er gesagt und geschrieben hat, einfach in unsere Zeit übertragen. Bedeutsam für unseren Glauben sind nach wie vor sein Kleiner und Großer Katechismus und seine Lieder, von denen über 20 im EG aufgenommen sind. Ganz selbstverständlich spricht Luther hier vom Tod und was uns danach erwartet. Einige Beispiele:

*Der Sohn des Vaters, Gott von Art, ein Gast in der Welt hier ward
und führt uns aus dem Jammertal, macht uns zu Erben in seim Saal.* (EG 23, V. 5)

*Er bringt euch alle Seligkeit, die Gott der Vater hat bereit,
dass ihr mit uns im Himmelreich sollt leben nun und ewiglich.* (EG 24, V 4)

Nach diesem Elend ist bereit‘ uns ein Leben in Ewigkeit. (EG 183, V 3)

*Gott Heilger Geist, du Tröster wert, gib dein Volk einerlei Sinn auf Erd,
steh bei uns in der letzten Not, g‘leit uns ins Leben aus dem Tod. (EG 193, V 3)*

*Es wolle Gott uns gnädig sein und seinen Segen geben,
sein Antlitz uns mit hellem Schein erleucht zum ewgen Leben. (EG 280, V 1)*

Von allem Übel uns erlös; es sind die Zeit und Tage bös.

Erlös uns vom ewigen Tod und tröst‘ uns in der letzten Not. (EG 344, V 8)

Die Auswahl zeigt, wie für Luther Diesseits und Jenseits, Zeit und Ewigkeit zusammenhängen. Das beginnt schon bei der Taufe, durch sie werden wir „Erben des ewigen Lebens“ (Kleiner Katechismus, EG S. 1561). So heißt es auch in der Auslegung des dritten Glaubensartikels, dass der Heilige Geist „am Jüngsten Tage mich und alle Toten auferwecken wird und mir samt allen Gläubigen in Christus ein ewiges Leben geben wird. Das ist gewisslich wahr“ (EG S. 1557). Im Vaterunser schließlich bitten wir mit der siebenten Bitte, dass uns der Vater im Himmel „ein seliges Ende beschere und mit Gnaden von diesem Jammertal zu sich nehme in den Himmel“ (EG S. 1559). Der Hinweis auf Himmel und Ewigkeit ist bei Luther keine Nebensache, auch kein Rest mittelalterlicher Frömmigkeit, den er später abgelegt hätte. Die folgenden Zitate stammen aus Luthers großer Genesisvorlesung, die er – mit Unterbrechungen – von 1535 bis 1545, also bis kurz vor seinem Tod gehalten hat. In der Auslegung zu 1.Mose 28,17 (Jakobs Traum von der Himmelsleiter) sagt er über Wesen und Dienst der Kirche: „Die Kirche ist der Ort oder das Volk, wo Gott wohnt, und zwar um zu bewirken, dass wir in das Himmelreich eingehen. Denn sie ist die Pforte zum Himmel, die Kirche ist die Wohnung Gottes auf Erden, aber nicht, damit wir auf Erden verharren, vielmehr werden die Sakramente deshalb gereicht, wird das Wort deshalb gepredigt, damit wir ins Himmelreich kommen und durch die Kirche in den Himmel gelangen“ (WA 43, 601). Für Luther und viele seiner Zeitgenossen war das die wichtigste Frage in ihrem Leben: Wie kann ich vor Gott bestehen, wie komme ich ins Himmelreich? Darauf will Luther eine Antwort geben und es ist bezeichnend, dass diese Frage heute in vielen Predigten und in der Vorbereitung auf das Reformationsjubiläum ausgeblendet wird. An Ihre Stelle ist die Frage getreten, wie wir am schlimmen Zustand dieser Welt etwas ändern können. Aber diese Frage steht bereits auf der Agenda der meisten Regierungen und dort gehört sie auch hin. Das Engagement vieler Kirchenleitungen für Schöpfung und Umwelt erinnert an die mittelalterliche Leistungsfrömmigkeit, die Luther bekämpft hat.

Man kann darauf verweisen, dass Luther sich auch um weltliche Dinge gekümmert hat wie z. B. in seinem Aufruf „An die Ratsherren aller Städte deutschen Landes, dass sie christliche (!) Schulen aufrichten und halten sollen“ oder auch mit seinem „Sermon von den guten Werken“. Doch schon mit dem Titel „An die Ratsherren“ zeigt Luther an, dass er dies nicht für eine Aufgabe der Kirche hält und bei den „Guten Werken“ geht es Luther darum, dass der Glaube an Jesus Christus als das „höchste und aller-edelste gute Werk“ alle anderen guten Werke umschließt. Das Ziel aller seiner Arbeit war nicht die Veränderung der Welt, sondern die Stärkung des Glaubens an Jesus Christus. „Die Welt verändern und die Schöpfung bewahren“ sind rein innerweltliche Ziele und betreffen eine Welt, von der Jesus sagt, dass sie überwunden (Joh 16,33)

und gerichtet ist (Joh 12,31), sie ist eine vergehende Welt (Mt 24,34; 1. Kor 7,31). Wenn der Sinn unseres Lebens darauf beschränkt ist, diese vergehende Welt zu verbessern, was ist dann mit den alten Menschen, mit den Kranken und Sterbenden oder den Millionen Christen, die unter Verfolgung leiden und gar keine Chance haben irgendetwas zu verändern? Hat unser Glaube ihnen nichts mehr zu sagen? „*Mein Reich ist nicht von dieser Welt*“ sagt Jesus zu Pilatus (Joh 18,36). Wollen wir die Botschaft von einem jenseitigen Reich den Muslimen überlassen?

Paulus schreibt im Römerbrief von „*der Hoffnung der zukünftigen Herrlichkeit, die Gott geben wird*“ (Rö 5,2). Sie ist nicht das Ergebnis unserer Anstrengungen, sondern meint die uns verheißene „*Kindschaft und Erlösung unseres Leibes*“ (Rö 8,23 ff). Es ist die Hoffnung, die unser Leben hier und heute erträglich und sinnvoll macht und geduldig (Rö 5,3 ff) auf das warten lässt, was Gott mit der Sendung seines Sohnes begonnen hat und Martin Luther in die Worte fasst:

*„Er ist auf Erden kommen arm, dass er unser sich erbarm
und in dem Himmel mache reich und seinen lieben Engeln gleich. Kyrieleis.*

Das hat er alles uns getan, sein groß Lieb zu zeigen an

Des freu sich alle Christenheit und dank ihm des in Ewigkeit. Kyrieleis. (EG 23, 6+7)

D. K.

(idea) **Evangelische Kirche hat Angst vor eigenen Glaubenswahrheiten**

Sie möchte um keinen Preis rechtgläubig sein. Diesen Vorwurf erhebt der Medienwissenschaftler Prof. Norbert Bolz in einem Beitrag für den Südwestrundfunk. Die evangelische Kirche vermeide Konflikte: „*Man lässt sich zwar noch von der Jesus-Geschichte rühren, vor allem an Weihnachten. Aber vom Jüngsten Gericht will niemand mehr etwas hören. Aus Gott ist der liebe Gott und aus Jesus ist ein guter Mensch geworden – gewissermaßen ein Integrationsbeauftragter höherer Ordnung. Aber wer den Lehrer und Sozialarbeiter Jesus lobt, will den Erlöser Christus verdrängen.*“ Wenn Jesus nur ein Lehrer des richtigen moralischen Verhaltens gewesen wäre, hätte man ihn nicht gekreuzigt, so Bolz. Nach Beobachtung des Protestanten hört man von Pfarrern nur noch selten etwas über „den Skandal des Wortes vom Kreuz“. Dabei stehe diese Botschaft im Zentrum der Briefe des Apostels Paulus. Die Kirche ersetze „den Skandal des Gekreuzigten zunehmend durch einen neutralen Kult der Menschheit“. Durch diesen „Verrat am Kreuz“ bleibe nur „die Sentimentalität einer unrealistischen Menschenfreundlichkeit“. Statt der Botschaft vom Kreuz bekomme man viel zu hören „über die unzähligen kleinen Kreuze dieser Welt wie Hunger, Flüchtlingselend, Arbeitslosigkeit, Klimakatastrophe“. Bolz: „*Der Pfarrer tritt immer häufiger als Gutmensch auf – und das heißt in der Sprache des Neuen Testaments: als Pharisäer. Dabei missbraucht er seine Predigt für einen sentimental Moralismus.*“ Bolz verweist dabei auf eine Aussage des evangelischen Kirchenhistorikers Franz Overbeck (1837-1905): „Nichts entvölkert unsere Kirchen so sehr, als dass man es in ihrem Gottesdienst so viel mit den persönlichen Ansichten ihrer Prediger zu tun hat.“

(idea) **Der Missionsbefehl ist der entscheidende Auftrag Jesu an die Kirche**

Dieser Ansicht ist der Landesbischof der Evangelisch-Lutherischen Kirche Sachsens, Carsten Rentzing. Er könne die kritische Haltung vieler EKD-Gliedkirchen zur Mission nicht nachvollziehen. So hatte etwa die rheinische Kirche erklärt, man dürfe nach

Deutschland kommenden Migranten nach ihrer Heimat nicht auch noch ihren Glauben nehmen. Sicherlich erfordere die gegenwärtige Lage ein hohes Maß an Sensibilität, so Rentzing. Allerdings gehe es nicht darum, jemandem den eigenen Glauben zu nehmen, sondern darum, das Evangelium zu verkündigen. Es bleibe immer die Entscheidung des einzelnen, wie er sich dazu verhalte. „Ich kenne viele Flüchtlinge, die es nicht als Bedrohung empfinden, etwas über den christlichen Glauben zu erfahren, sondern das geradezu verlangen“, sagte der Landesbischof.

Traugottesdienste für Homo-Paare wird es in Sachsen nicht geben

Traugottesdiensten für gleichgeschlechtliche Paare, wie sie die Evangelische Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz zum 1. Juli eingeführt hat, erteilte Rentzing eine Absage: „Trauungen stehen nicht zur Debatte.“ Über mögliche Formen von Segnungen werde debattiert: „Schließlich sind wir als sächsische Landeskirche nicht isoliert, sondern befinden uns in einem gesellschaftlichen Umfeld, das wir nicht ignorieren können.“ Insgesamt denke die Basis der sächsischen Landeskirche in Fragen von Ehe und Familie aber sehr „traditionell“. Rentzing regte außerdem Predigtkritiken an: „Ich ermutige alle Gläubigen in unserer Landeskirche ausdrücklich dazu, über vermeintlich oder tatsächlich kritische Verkündigungsinhalte das Gespräch mit den Verkündigern zu suchen.“ Er habe als Gemeindepfarrer von seiner Gemeinde Rückmeldungen auf die eigenen Predigten verlangt: „Meine Erfahrung ist: Wenn wir uns als Verkündiger von den wichtigen Themen der Menschen entfernen und Spielwiesen betreten, werden wir damit immer scheitern.“

Kampf für ungeborene Kinder

Marsch für das Leben

Der diesjährige „Marsch für das Leben“ durch die Mitte von Berlin wurde wieder vom Bundesverband Lebensrecht als Schweigemarsch veranstaltet - gegen Euthanasie, vor allem aber gegen die Abtreibung, der jedes Jahr rund 100.000 Kinder zum Opfer fallen – und das sind nur die offiziell gemeldeten. Die Veranstaltung fand am 17. Sept. mit rd. 7.500 Teilnehmern (Vj 7.000) statt - geschützt von 1.300 Polizisten.

Unterstützt wurde der Marsch von der katholischen Kirche, führenden Vertretern der Evangelikalen Bewegung und Freikirchen.

Von katholischer Seite nahmen fünf katholische Bischöfe teil: der Berliner Erzbischof Heiner Koch redete auf der Kundgebung zu Beginn des Marsches und der Regensburger Bischof Rudolf Voderholzer leitete den Abschlussgottesdienst, in dem der evangelikale Theologe Werner Neuer predigte. Außerdem nahmen die Weihbischöfe Matthias Heinrich (Berlin), Dominikus Schwaderlapp (Köln) und Florian Wörner (Augsburg) teil. Papst Franziskus und der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Kardinal Reinhard Marx sowie der Apostolische Nuntius in Berlin, Nikola Eterovic, haben unterstützende Grüße übermittelt.

Die EKD vermied im Gegensatz zur (kath.) Bischofskonferenz eine klare Stellungnahme: „Bei dem sensiblen und komplexen Themenfeld menschlicher Existenz gibt es in einzelnen Punkten unterschiedliche Nuancen in der Wertung zwischen der EKD und den Veranstaltern des ‚Marsches für das Leben‘.“ Immerhin schickten drei evangelische Bischöfe ermutigende Grußworte: Carsten Rentzing (Sachsen), Frank O. July

(Württemberg) und Hans-Jürgen Abromeit (Pommern). Anders die Evang. Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz (EKBO), die ihren Gemeinden sogar ausdrücklich von einer Teilnahme abriet. Der Grund: Sie stehe – anders als der Bundesverband Lebensrecht – für eine ergebnisoffene Schwangerschaftskonfliktberatung, die die Gewissensentscheidung von Frauen und Paaren unterstütze. Bereits 2014 hatte sich die Kirchenleitung der EKBO gegen eine Beteiligung am ‚Marsch für das Leben‘ gewandt. Sie begründete das mit „inhaltlichen Differenzen“ und der „aggressiven Art und Weise“, in der der Bundesverband seine Positionen vertrete.

„Entsetzt“ über die kirchlichen Äußerungen war der Generalsekretär der Deutschen Evangelischen Allianz Hartmut Steeb: Die Kirche liefere nicht „ein biblisches Argument, warum der Marsch für das Leben falsch sein soll“, sagte er. Das menschliche Leben stehe von Anfang an unter dem Schutz Gottes. Deshalb könne eine Kirche, die sich diesem Auftrag verpflichtet sehe, nicht für eine ergebnisoffene Schwangerschaftskonfliktberatung eintreten, sondern nur für ein klares Ja zum Kind. Steeb wies ferner den Vorwurf zurück, dass der Bundesverband Lebensrecht seine Positionen aggressiv vertrete. Aggressionen gingen vielmehr von Gegendemonstranten aus, die den Marsch für das Leben jedes Jahr massiv störten.

Die Konferenz Bekennender Gemeinschaften in den evangelischen Kirchen Deutschlands (KBG) begrüßte den Marsch als „ermutigendes und mutiges Zeichen gegen die Bedrohung menschlichen Lebens vor der Geburt“. Nach Ansicht der KBG müsste die EKD als Anwalt für den Lebensschutz ungeborener Kinder auftreten. „Aber sie schweigt bzw. distanziert sich“, kritisierte deren Vorsitzender, Pastor Ulrich Rieß. Die evangelische Kirche versage bei einer ethisch wichtigen Frage und werde dem biblischen Anspruch, Leben zu schützen, nicht gerecht.

Der Präses des Bundes Freier evangelischer Gemeinden, Ansgar Hörsting erklärte: „Wir stehen auf gegen die Meinungsmache, als sei eine Abtreibung ein kleiner Unfall. Sie ist und bleibt Tötung.“

Grußworte schickten auch Unionspolitiker, u. a. der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Volker Kauder, und der Europaabgeordnete Elmar Brok, Die stellvertretende CDU-Bundesvorsitzende Julia Klöckner äußerte in ihrem Grußwort, sie setze sich zusammen mit ihrer Partei „für den konsequenten Lebensschutz in allen Bereichen ein“. Gerade das ungeborene Leben brauche eine Lobby. Der CDU-Bundestagsabgeordnete Frank Heinrich ist erschrocken über das Maß der Anfeindung gegen den friedlichen Schweigemarsch und bezeichnet es in seinen Grüßen als Skandal, „Leben zu selektieren und abzubrechen“.

Schade! Der Marsch für das Leben wäre eine gute Gelegenheit für die christlichen Kirchen, gemeinsam ein starkes Zeichen für den Schutz des Lebens zu setzen – insbesondere für das wehrlose ungeborene Leben – und so dem klaren Gebot Gottes „du sollst nicht töten“ Nachdruck zu verleihen.

Wie in den Vorjahren wurde der „Marsch für das Leben“ massiv gestört durch ca. 1.500 Demonstranten – organisiert vom „Bündnis für sexuelle Selbstbestimmung“, das unterstützt wurde von Politikern des Bündnis 90/Die Grünen, den Parteien „Die Linke“ und „Die Piraten“ sowie von weiten Teilen der SPD in Berlin mit deren Regierendem Bürgermeister Michael Müller an der Spitze.

Gender-Ideologie

Den meisten von uns begegnet die Gender-Ideologie in der Forderung nach Gleichberechtigung von Frauen im Beruf und nach mehr Kindergartenplätzen. Dem wird niemand widersprechen. Kaum bewusst ist die viel weiter und tiefer reichende Agenda dieser Ideologie, die eine „Dekonstruktion der Geschlechter“ will, und deshalb auf eine Änderung der Definition von Mann und Frau, von Ehe und Familie und damit auf Änderung der Schöpfungsordnung zielt.

Kurz gefasst behaupten die Gender-Ideologen, dass man als Frau oder Mann nicht geboren, sondern dazu durch Erziehung und stereotypes Rollenverständnis gemacht werde - und hierzu passend: *„Keiner Frau sollte es erlaubt sein, zu Hause zu bleiben und ihre Kinder großzuziehen.“* (Simone de Beauvoir, Ikone des Feminismus, †1986).

Nach der Gender-Ideologie kann jeder Mensch, ganz unabhängig vom biologischen Geschlecht (sex), sein soziales Geschlecht (gender) frei wählen: männlich, weiblich, oder als etwas Anderes. Lautstark und oft schrill wird gefordert, dass die Gesellschaft dies unterstützen müsse.

Schon Kindern soll daher möglichst früh nahegebracht werden, dass jeder seine Geschlechterrolle beliebig wählen und ausleben könne - männlich, weiblich, homosexuell, lesbisch, bisexuell, transsexuell, pansexuell und viele weitere Varianten. Schrankenlose Selbstverwirklichung soll gelehrt und ermöglicht werden, und das, obwohl kein Mensch isoliert - ohne Einbettung in die Generationenfolge und eine tragende Gemeinschaft - existieren kann.

Zur Vermeidung von Missverständnissen: Menschen, die andersgeschlechtlich fühlen oder deren Geschlecht nicht eindeutig ist, sind als Gottes Geschöpfe in ihrer Würde zu achten – beruflich und privat. Das Problem ist nicht, dass diese wenige-Prozent-Minderheit ein anderes Leben führt als die Mehrheit, sondern dass ihre Lebensweisen nicht nur toleriert, sondern als allgemeingültig anerkannt werden sollen.

Gender-Mainstreaming wurde von radikalen Feministinnen und Anti-Life-Organisationen unter positiv besetzten Schlagworten wie Gerechtigkeit, Toleranz und Nichtdiskriminierung voran getrieben, 1995 trickreich durch die Weltfrauenkonferenz auf UNO-Ebene politisch verankert und mit der Forderung nach Gleichberechtigung von Mann und Frau im Beruf politisch durchsetzbar gemacht. Homosexuellenverbände nutzen den politischen Rückenwind zur Durchsetzung ihrer Anliegen im Streben nach freiem Sex (s. InfoBrief 1/2009).

Global wird diese Ideologie gefördert, weil so versucht werden soll, die drohende Explosion der Weltbevölkerung - lt. UN von derzeit 7,3 auf 11,2 Milliarden Menschen bis 2100 - zu bremsen und dabei die Wirtschaftsleistung durch Freisetzung familiengebundener Ressourcen vorübergehend sogar zu steigern. Außerdem sind durch Zerstörung von Familie und Wertordnung entwurzelte Menschen leichter lenkbar – vgl. Lenin: *“schafft die Familie ab und der Sieg ist uns sicher.“*

Ehe und Familie

Die Gender-Ideologie, deren beliebige Vielfalt auch für Ehe und Familie propagiert wird, sowie destabilisierende Verhaltensweisen schwächen die Kernzelle unserer Gesellschaft mit dramatischen Folgen: ⇒ Armut von Alleinerziehenden und im Alter,

zu wenige Kinder (s.u.), viele davon seelisch unterversorgt, verhaltensauffällig – oft mit Rauschgift-, Alkohol-, Schul- und Bindungsproblemen, verbunden mit erheblichen Lerndefiziten und hoher Jugendkriminalität.

Wer stabile Ehen und Familien für unverzichtbar hält, als Entwicklungs- und Schutzraum für Kinder und als verlässlichen Rahmen für die Ehepartner auch in Krisen, bei Krankheit und im Alter, muss diese Entwicklung mit großer Sorge sehen.

Die Gender-Ideologen wollen die sexuellen Triebe des Menschen „zur Lust befreien“, und bekämpfen daher die Strukturen, die dem entgegenstehen. Dies gilt insbesondere für die Ehe von Mann und Frau, die durch selbstlose Liebe (Agape) und von Geboten unterstützte Selbstbeherrschung den mächtigen Sexualtrieb einhegt. Dessen zügellose Auswüchse führen zu Promiskuität, Kindesmissbrauch bis hin zu Sodomie sowie zu verbreiteter Prostitution mit all ihren menschenverachtenden Begleiterscheinungen.

In Deutschland haben wir ein großes Geburtendefizit. 2015 kamen lt. Stat. Bundesamt auf 11,3 Sterbefälle nur 9 Geburten je 1000 Einwohner, mit schwerwiegenden Auswirkungen auf unsere Wirtschaft und Sozialsysteme - und wegen Zuwanderung und unterschiedlicher Geburtenraten auf die Zusammensetzung unserer Bevölkerung. Welche Lebens- und Gestaltungskraft kann ein Volk langfristig entfalten, das degeneriert und sich mangels Nachwuchs nicht mehr selbst zu erhalten vermag?

Weil auf Nachwuchs angelegt, ist es daher gerechtfertigt, die Ehe von Mann und Frau vor anderen Paarformen zu privilegieren. Homosexuelle Partnerschaften tragen dagegen nicht zum Fortbestand der Gesellschaft bei, und damit auch nicht zur Generationengerechtigkeit, die darin besteht, dass nicht nur Eltern für ihre Kinder, sondern Letztere individuell und kollektiv für die altgewordene Elterngeneration sorgen.

Dennoch kämpft die Homolobby unter dem Stichwort „Gendergerechtigkeit“ geradezu verbissen darum, dass Staat und Gesellschaft – auch Kirchen - gleichgeschlechtliche Paarbildungen der Ehe von Mann und Frau in jeder Hinsicht gleichstellen.

Gleichstellungspolitik

Erhebliche Auswirkungen auf die Entwicklung der Kinder und unsere Gesellschaft hat auch die Politik der Gleichstellung von Mann und Frau. Man muss unterscheiden:

- Gleichberechtigung von Mann und Frau ist bei uns im § 3 GG verankert – sie zielt auf Chancengleichheit. Die Gender-Ideologen fordern aber
- Gleichstellung in allen Belangen, was in vielerlei Hinsicht sehr problematisch ist: Sie zielt auf Ergebnisgleichheit ohne Beachtung der fundamentalen Unterschiede natürlicher Gegebenheiten, und leugnet den hohen Wert des Weiblich-Mütterlichen.

Gleichberechtigung für Frauen auch im Berufsleben ist ein legitimes Ziel - sie müssen individuell (d.h. nicht in ihrer Gesamtheit) gleich entlohnt werden und die gleichen Aufstiegschancen haben wie Männer. Aber das Wohl und Entwicklungspotential ihrer Kinder hat Vorrang – auch um der Zukunft unserer Gesellschaft willen. Studien zeigen nämlich, dass Krippenkinder (bis 3 Jahre) durch Fremdbetreuung größerem Stress ausgesetzt sind – je kleiner umso mehr – als Kinder, die zu Hause aufwachsen. Stress behindert das Hirnwachstum und die Bildung neuronaler Verbindungen, und so bleiben Krippenkinder häufig deutlich unter ihrem Potential (Gehirnforscher Prof. Dr. Manfred Spreng).

Seriöse Untersuchungen zeigen, dass nur 20% der hochqualifizierten Frauen die gleichen Aufgaben anstreben wie Männer, 20% verzichten auf Berufstätigkeit und ca. 60% lehnen Karrieresprünge ab, um ihr Berufsleben flexibler gestalten und insbesondere mit der Begleitung ihrer Kinder verbinden zu können - wofür die Mutter meist die Idealbesetzung ist. Frauen haben eben andere Begabungen und Prioritäten als Männer. Da Berufskarrieren beider Ehepartner bei Kollision der Bedingungen Ehe-Risiken erhöhen, ist das Potential an berufstätigen Frauen begrenzt.

Es ist daher nicht sinnvoll, Frauenquoten in Führungspositionen von 30% und mehr unterschiedslos in allen Wirtschaftsbranchen, Behörden und Einrichtungen erzwingen zu wollen, zumal für Frauen die Aufgaben sehr unterschiedlich attraktiv sind. So sind bspw. für die Eisen- und Hüttenindustrie kaum Frauen zu begeistern. Anders ist dies z.B. in Behörden, den Medien, im Gesundheitswesen und in der Kinderbetreuung, wo hohe Frauenanteile in Führungsfunktionen realistisch sind.

Wenn es für eine Aufgabe nicht genügend geeignete Kandidatinnen gibt, dann wirken sich darüber hinausgehende gleichstellungspolitische Quoten notwendigerweise niveausenkend aus verbunden mit Ungleichbehandlung von Männern.

Anders als Gleichberechtigung ist demnach die Gleichstellungspolitik widernatürlich mit folgenschweren Langzeitproblemen.

Andere Beispiele

Im Bemühen, die Frauen bei generisch maskulinen Begriffen sprachlich sichtbar zu machen (z.B. Lehrer/Lehrerin), gibt es kuriose Beispiele:

In Geburtsurkunden Spaniens werden Vater und Mutter ersetzt durch Progenitor1 und Progenitor2. Der Begriff ist lateinisch, heißt Erzeuger und ist maskulin (zwei männliche Elternteile zeugen ein Kind?). In Bern und anderswo werden Vater und Mutter ersetzt durch Elter1 und Elter2, Fußgängerzonen sollen genderneutral für „zu Fuß Gehende“ reserviert werden, und die Uni Leipzig hat 2013 verfügt, dass auch männliche Professoren unterschiedslos mit „Herr Professorin“ anzureden sind.

Viel Zeit, Papier und Druckerschwärze werden darauf verwendet, zusammen mit der männlichen Form auch die weibliche zu nennen - oft verkürzt mit Binnen-Is oder Schrägstrich/en, Gender*Sternen, Unter_strichen oder Klammer(n). Bei negativ besetzten Begriffen wird indes gerne auf das weibliche Anhängsel verzichtet. Wo liest man z.B. von einer DiebIn, Verbrecher/in, Terrorist*in, Raser_in oder Dummkopf(in)? Man fragt sich was das soll, wenn im allgemeinen Verständnis klar ist, dass z.B. der Plural „die Christen“ nicht nur Männer, sondern auch Frauen und Kinder umfasst.

Vielleicht wird eines Tages auch im deutschsprachigen Raum - wie heute schon in Schweden - die gendergerechte Bezeichnung mittels eines weiblichen Anhängsels als eher diskriminierend angesehen, so dass wir dann wieder auf diese ineffiziente Sprachverunstaltung verzichten könnten.

Was tun die Kirchen?

Zu erwarten wäre, dass sich christliche Kirchen der Gender-Ideologie entgegenstellen, denn sie widerspricht nicht nur den biblischen Aussagen im Alten und Neuen Testament: ⇒ Gott schuf den Menschen als Mann und Frau, als Paar das sich ergänzt und mit der Aufgabe, sich zu mehren (Gen 1,27ff; Mt 19,4-6; Mk 10,6; u.v.a.); die Gender-

Ideologie widerspricht auch der theologisch geforderten Gemeinschaftstreue und dem philosophisch sowie dem soziologisch verlangten angemessenen Verhältnis zwischen den Interessen des Einzelnen und der Gemeinschaft (s. InfoBrief 1/2009).

Die Ehe, in der das Aufeinander-Verwiesensein von Mann und Frau in dauerhaft-verlässlichem Rahmen gelebt wird (Mt 5,32; Mk 10,9) und die Familie als irdisches Spiegelbild der Trinität (Augustinus), bleiben Gottes gute Ordnung, auch wenn viele Ehen infolge unserer menschlichen Unvollkommenheit und Sündhaftigkeit zerbrechen. Die Liebe und lebenslange Treue der Eheleute soll Widerschein der Liebe und der Treue Gottes zu uns Menschen sein, zum Heil der Ehepartner und ihrer Kinder.

Die katholische Kirche lehnt die Gender-Ideologie denn auch klar als antichristlich bzw. als „dämonisch!“ ab, wie es Papst Franziskus formulierte.

Die EKD-Gliedkirchen dagegen haben diese Ideologie aufgegriffen. Sie belasten damit die Ökumene schwer, so dass der Präsident des Päpstlichen Rates zur Förderung der Einheit der Christen, Kardinal Kurt Koch öffentlich das Auseinanderfallen der Konfessionen in ethischen Positionen beklagt.

Alles wird unter Genderaspekten abgeklopft, und was früher „*allesamt einer in Christus*“ war (Gal 3,28), wird konsequent unterschieden in Christ und Christin, oder kürzer Christ*in. Andererseits führt die EKD mit dem abstoßenden Video „Eine Tür ist genug“ vor Augen - vor und hinter Klotüren - dass Geschlechtsunterschiede nebensächlich sind.

Evang. Kirchen forcieren das Gender-Thema mittels unserer Kirchensteuern u.a. durch Frauenbeauftragte bzw. Gleichstellungsbeauftragte für Frauen (sic!). Das tun auch theologische Lehrstühle - z.B. der für „Feministische Theologie und Gender Studies“ an der Augustana- Hochschule der Evang.-Luth. Kirche Bayerns, Neuendettelsau. Die Art des Inhalts, die solche Lehrstühle vermitteln, zeigt ein Interview mit der Professorin am Lehrstuhl für praktische Theologie der Ruhr-Universität Bochum, Dr. Isolde Karle, in Deutsches PFARRERBLATT (sic!) Heft 9/2009: „...zielt der Schöpfungsbericht 1.Mos. 1,27 nicht auf eine polar konstruierte Zweigeschlechtlichkeit, denn diese sei auch biologisch nicht zu begründen, da es Menschen gibt, die eine Mischung männlicher oder weiblicher körperlicher Merkmale aufweisen; 'Geschlecht' sei nicht eine biologische Determinante, sondern eine soziale Zuschreibung.“

Im Sommer 2013 hat die EKD in ihrer Orientierungshilfe „Zwischen Autonomie und Angewiesenheit“ die Ehe von Mann und Frau und andere Paarformen gendergerecht als theologisch gleichwertig bezeichnet (s. InfoBrief 3/2013). Die Widersprüchlichkeit zur Bibel und zu früheren offiziellen Verlautbarungen ist eklatant.

Dazu passt, dass die EKD im April 2014 in Hannover ein „Studienzentrum für Genderfragen in Kirche und Theologie“ eröffnet und Arbeiten zu „Queer-Theologie“ und Abtreibung ausgezeichnet hat.

Die von führenden Kreisen evang. Kirchen unterstützte „Bibel in gerechter Sprache“ versteht sich als „geschlechterneutral und sozial gerecht“. Es wird nicht übersetzt, was nach Quellenlage in der Bibel geschrieben steht, sondern wie es nach der Gender-Ideologie besser hätte formuliert werden sollen. So darf z.B. Gott nicht mehr Vater, Christus nicht mehr unser Herr und der Heilige Geist nicht mehr maskulin sein.

Andererseits wird eine Gott-Mutter und eine „Heilige Geistin“ erfunden, wohingegen es eine Teufel*in oder Satan/in nicht zu geben scheint.

Von der EKD wird die Gender-Bibel „überwiegend kritisch“ gesehen - sie „*eigne sich nach ihrem Charakter und ihrer sprachlichen Gestalt generell nicht für die Verwendung im Gottesdienst.*“ Das schließt ihre Verwendung z.B. im Konfirmandenunterricht und in der Erwachsenenbildung zwar nicht aus - aber immerhin. vB

(idea) Gender ist eine Form der „ideologischen Kolonialisierung“

So bezeichnet Papst Franziskus das Gender-Mainstreaming. Am Rande des katholischen Weltjugendtages in Krakau Ende Juli beklagte das Oberhaupt der röm.-kath. Kirche gegenüber polnischen Bischöfen, dass bereits Kinder mit der Gender-Ideologie konfrontiert würden: „*Heutzutage wird in den Schulen Kindern beigebracht – Kindern! – dass sich jeder sein Geschlecht frei aussuchen kann.*“ Damit werde versucht, den Gedanken zu vernichten, dass Mann und Frau als Ebenbilder Gottes geschaffen seien.

Am 3. Oktober warnte der Papst in Tiflis vor „globalem Krieg gegen die traditionelle Ehe“. Vor allem das Gender-Mainstreaming und die zunehmende Akzeptanz von Ehescheidungen bedrohten den Bund zwischen Mann und Frau, sagte er während seines Georgien-Besuches. „*Gegen diese ideologische Kolonialisierung müssen wir uns verteidigen – nicht mit Waffen, sondern mit Ideen*“. Nach Worten des Papstes ist der Bund zwischen Mann und Frau das Großartigste, was Gott geschaffen habe. Das gelte es zu schützen. Er kritisierte, dass reiche Länder Entwicklungshilfen für ärmere beispielsweise an die Akzeptanz von Empfängnisverhütung und der Ehe für gleichgeschlechtliche Partner knüpfen.

(idea) Werbung für sexuelle Vielfalt in Kindergärten

In Sachsen-Anhalt sollen künftig bereits Jungen und Mädchen im Kindergartenalter mit sexueller Vielfalt und unterschiedlichen Familienmodellen vertraut gemacht werden. Dazu können Erzieherinnen auf entsprechende Kinderbücher zurückgreifen, die das Thema altersgerecht behandeln. Wie die Mitteldeutsche Zeitung berichtet, hat das Ministerium für Justiz und Gleichstellung dafür 2.000 Broschüren mit entsprechenden Empfehlungen an Kindergärten und Grundschulen verteilt. Damit setzt das Land den ersten Teil eines Aktionsplans um, mit dem es mehr Akzeptanz für Lesben, Schwule, Transsexuelle und andere sexuelle Minderheiten schaffen will. Im nächsten Jahr sollen Kindertagesstätten auch einen sogenannten „Kita-Koffer“ nutzen können, der Bücher und Lehrmaterialien zum Thema enthalten soll. „Wir wollen gegen Gewalt und Diskriminierungen eintreten und Anliegen dieser Personengruppen als Querschnittsthemen etablieren“, sagte Justizministerin Anne-Marie Keding (CDU).

Kritik an den Plänen kam bereits im Vorfeld von der AfD und aus Teilen der CDU. So hatte der damalige CDU-Fraktionschef André Schröder erklärt, verpflichtende Kita-Koffer gingen ihm zu weit. Nach Ansicht der AfD ist Erziehung in erster Linie Sache der Eltern und nicht der Kindergärten. Auch einzelne Schulen äußerten sich ablehnend. Der Vorstoß sei ein weiterer Beweis dafür, wie stark der Staat über das Bildungssystem in das private Leben der Familien eingreife, sagte der Geschäftsführer der Freien Evangelischen Schule Weißenfels, Thomas Schmidt. „Lasst uns dafür beten, wie wir uns mit Weisheit und Mut dieser Herausforderung stellen können.“

Kinder seien Geschenke und eine Gabe Gottes, „und wir haben als Schule den Auftrag, diese behutsam und angemessen ins Leben zu begleiten“.

(FAS) **Jungs bevorzugen Autos und Mädchen lieben Puppen**

Der Hauptgrund für diesen Unterschied liegt in unterschiedlichen Testosteronausschüttungen von Geburt an. Das zeigt eine Untersuchung des norwegischen Kinderpsychiaters Trond Diseth.

Laut dem britischen Psychologen Simon Baron-Cohen findet die geschlechtsspezifische Prägung bereits im Mutterleib statt. Die Forschungsergebnisse stellen eine zentrale Annahme der Genderforschung infrage, wonach die Unterschiede zwischen den Geschlechtern nicht angeboren, sondern „sozial konstruiert“ sind.

Aus Bruce wurde Brenda

Es muss an den Psychologen John Money erinnert werden, der als Mitbegründer der Gendertheorie gilt. Er hat 1967 an dem 22 Monate alten Kanadier Bruce Reimer eine Geschlechtsumwandlung vorgenommen: „Der kleine Bruce wurde zu Brenda, durfte aber nichts davon wissen.“ In der Pubertät habe sich das Kind zu Mädchen hingezogen gefühlt, was Money als „lesbische Veranlagung“ gedeutet hat. Als Brenda im Alter von 15 Jahren die Wahrheit über sich erfuhr, entschloss sie sich, fortan als Mann mit dem Namen David zu leben. Im Mai 2004 hat er sich erschossen.

(idea) **Grüne fordern ein neues Familienmodell**

Ein neues Familienmodell haben zwei Bundestagsabgeordnete von Bündnis90/Die Grünen, Volker Beck und Katja Dörner, in einem Thesenpapier gefordert. Es wurde auf einem Kongress der linken Partei in Berlin (3. bis 4. September) diskutiert. Demzufolge sollen Kinder bis zu vier Elternteile haben dürfen. In dem Dokument heißt es, dass ein Staat, der allein die „in Ehe gegossene Familienform“ rechtlich berücksichtige, der pluralen Gesellschaft nicht gerecht werde: „Familie ist da, wo Kinder sind.“ 2015 seien bereits über 30 Prozent aller Familien, in denen minderjährige Kinder lebten, beispielsweise Alleinerziehende mit Kind, Flickenteppichfamilien oder nichteheliche Familien gewesen. Beck und Dörner schreiben: „Diese Kinder dürfen nicht schlechter gestellt werden, nur weil ihre Familie nicht der traditionellen heterosexuellen ehelichen Kleinfamilie entspricht.“ In vielen Familien übernehmen mehr als zwei Personen Verantwortung für die Kinder. Deswegen müsse es die Möglichkeit geben, dass die leiblichen Eltern Verantwortung auf die „sozialen Eltern“ rechtsverbindlich übertragen dürfen. Dann sei es beispielsweise einfacher möglich, Routineentscheidungen beim Arzt zu treffen, Schulausflüge zu erlauben oder mit dem Kind Urlaubsreisen zu machen. Einschränkend heißt es, dass diese Mitverantwortung maximal zwei weiteren Erwachsenen übertragen werden dürfe, etwa den neuen Partnern der leiblichen Eltern. Voraussetzung sei, „dass die Beteiligten sich einig sind und keine Sorgerechtsstreitigkeiten entstehen“.

(idea) **Kirchliche Trauung der Eheschließung von Mann und Frau vorbehalten**

Der Vorsitzende der pietistischen Arbeitsgemeinschaft „Gnadau Württemberg“, Pfarrer Steffen Kern sagte: „Der Pietismus in Württemberg ist dankbar für die Positionierung unseres Landesbischofs Frank Otfried July, der eine Einhaltung der Ordnungen unserer Kirche angemahnt hat.“ Eine Trauung sei eine einzigartige Segnung, die anlässlich der Eheschließung eines Mannes mit einer Frau gefeiert werde: „Dass diese

besondere Segnung einem heterosexuellen Paar vorbehalten ist, diskriminiert keineswegs alle anderen Lebensformen.“ Die Ehe von Mann und Frau sei grundlegend zu unterscheiden etwa von gleichgeschlechtlichen Lebensformen oder Menschen, die in sogenannten polyamoren Partnerschaften (Beziehungen zu mehreren Partnern) lebten. Dieser Unterscheidung trage die derzeit gültige Rechtslage in Württemberg Rechnung. Auf dieser Grundlage gelte es, „eine Kultur der Nächstenliebe und des gegenseitigen Respekts zu leben“.

(idea) **Kita-Betreuung hemmt die geistige Entwicklung von Kindern**

Die italienischen Wissenschaftler der Universität Bologna untersuchten, welchen Einfluss die Unterbringung von Kleinkindern unter drei Jahren in städtischen Kitas in Bologna auf ihre spätere Entwicklung hat. Sie kamen zu dem Ergebnis, dass der negative Effekt mit der Zeit steigt. Laut dieser Studie reduziert sich der Intelligenzquotient (IQ) von Acht- bis 14-Jährigen mit jedem zusätzlichen Monat, den sie als Kleinkinder in der Kita verbrachten, durchschnittlich um 0,5 Prozent. Bei Mädchen sei der Effekt noch etwas größer. Als Grund führen die Forscher an, dass die Kinder in den Kitas wenig Kontakt zu Erwachsenen hätten. Eine solche Verbindung gelte als wichtige Verstärkung für die frühkindliche kognitive Entwicklung. Mädchen profitierten von einem Austausch mit Erwachsenen aufgrund ihrer „allgemein rascheren geistigen Entwicklung im Kindesalter“ stärker als Jungen. Wie es weiter heißt, kann der Staat durch die Einstellung von zusätzlichen Betreuern dem entgegenwirken und die Kinder dadurch besser fördern.

Sexualerziehungs-Lehrplan in Hessen

Das CDU-geführte Kultusministerium unter Alexander Lorz hat am 19. 8. 2016 gegen den Willen der Landes-Elternvertretung, gegen das Votum der kath. aber mit Unterstützung der evang. Landeskirche und ohne öffentliche oder parlamentarische Diskussion einen Sexualerziehungs-Lehrplan erlassen. Fächerübergreifend sollen die Kinder zu „Akzeptanz verschiedener sexueller Orientierungen und geschlechtlicher Identitäten“ erzogen werden. In den jeweilige Altersgruppen sind u.a. folgende Themen verbindlich zu bearbeiten:

- 6-10 Jahre: kindliches Sexualverhalten und gleichgeschlechtliche Partnerschaften
- 10-12 Jahre: unterschiedliche sexuelle Orientierungen und geschlechtliche Identitäten (Hetero-, Bi-Homo- und Transsexualität)
- 13-16 Jahre: erste sexuelle Erfahrungen, Schwangerschaftsabbruch, § 218 StGB und Beratungsangebote, Aufklärung über sexuelle Orientierung und Geschlechtsidentität, ggf. Unterstützung für Schülerinnen und Schüler beim Coming Out.
- 16-19 Jahre: Adoption, Leihmutterchaft, künstliche Befruchtung, Geschlechtsspezifisches Rollenverhalten, das Recht auf sexuelle Selbstbestimmung.

Ausdrücklich wird darauf hingewiesen, dass die Sexualerziehung für alle Schülerinnen und Schüler **verbindlich und nicht an die Zustimmung der Eltern gebunden** ist.

Das ist ein staatlich verordneter Eingriff in das Erziehungsrecht der Eltern. Das Gespräch über Sexualität gehört in einen geschützten Rahmen zwischen Eltern oder Vertrauenspersonen der Kinder. Von Christen kann keine „Akzeptanz“ aller LSBTI-Identitäten erwartet werden, denn das Wort bedeute Billigung und Einverständnis; der Begriff „Toleranz“ wäre hier angebrachter.

(idea) **Richtlinien zur Sexualerziehung treten in Bayern vorerst nicht in Kraft**

Der bayerische Kultusminister Ludwig Spaenle (CSU) will die umstrittenen Richtlinien zur Sexualerziehung an Schulen im Freistaat vorerst nicht in Kraft setzen. Er möchte die Kritik daran erst eingehend prüfen. Das teilten Vertreter des Aktionsbündnisses „Demo für alle“ nach einem Gespräch mit Spaenle am 12. Sept mit. Sie gaben dem Kultusminister ein Papier mit Forderungen, was an dem Richtlinienentwurf geändert werden sollte. Er habe ihnen versprochen, zu dem überreichten Schreiben Stellung zu nehmen. Das Bündnis – es umfasst 26 Familienorganisationen, politische Vereinigungen und christliche Initiativen – beurteilt den Entwurf sehr kritisch. Es wendet sich dagegen, dass Sexualerziehung künftig zeitlich unbegrenzt und fächerübergreifend stattfinden soll. Es sei nicht Aufgabe der Schule, dass Schüler ihre „geschlechtliche und sexuelle Identität“ sowie „sexuelle Orientierung“ finden und annehmen. Ein solches Bildungsziel sei von den gesetzlichen Grundlagen für die schulische Sexualerziehung in Bayern nicht gedeckt. „Sexuelle Identität“ sei zudem ein unwissenschaftlicher und nicht definierter Begriff. Daher solle man darauf in der Schule verzichten.

Die Sexualerziehung müsse vorrangig Ehe und Familie fördern. Dies dürfe nicht dadurch unterlaufen werden, dass alle Formen praktizierter Sexualität – Hetero-, Homo-, Bi-, Trans- und Intersexualität – „vorurteilsfrei“ als gleichwertig dargestellt würden. Ebenso sei indiskutabel, dass die Schüler unterschiedslos „Toleranz und Akzeptanz“ zeigen sollten. Das verstoße gegen das Indoktrinationsverbot und sei verfassungswidrig. Frau v. Beverfoerde, die an dem Gespräch teilnahm, äußerte sich erfreut, dass der Kultusminister die Kritik „eingehend prüfen“ wolle. Sexualerziehung sei „einer der sensibelsten Bereiche“ für Kinder und Jugendliche in der Schule. Hier könnten Eltern „keine risikobehafteten Erziehungsziele und Unterrichtsinhalte dulden“, so die Sprecherin des Aktionsbündnisses. Im Zuge einer Protestaktion des Bündnismitgliedes „Elternaktion Bayern“ sind fast 20.000 E-Mails gegen die geplanten neuen Richtlinien an Ministerpräsident Horst Seehofer (CSU) und Spaenle geschickt worden.

(ideaSpektrum) **Verfassungsrechtler: Sexuelle Vielfalt ist kein Lernziel**

Der Staat ist im Bereich der Sexualerziehung zu Zurückhaltung und Toleranz verpflichtet. Die Förderung der Akzeptanz vielfältiger sexueller Verhaltensweisen ist verfassungswidrig und mit dem geltenden Schulgesetz in Schleswig-Holstein unvereinbar. Zu diesem Ergebnis kommt ein Rechtsgutachten des Verfassungsrechtlers Christian Winterhoff, das der Verein „Echte Toleranz“ in Auftrag gegeben hat. In dem 100-seitigen Dokument schreibt Winterhoff, die Schule müsse jeden Versuch unterlassen, ein bestimmtes Sexualverhalten, zu befürworten oder abzulehnen: „Sie hat das natürliche Schamgefühl der Kinder zu achten und muss allgemein Rücksicht nehmen auf die religiösen oder weltanschaulichen Überzeugungen der Eltern, soweit sie sich auf dem Gebiet der Sexualität auswirken.“ Staatliche Vorgaben für die schulische Sexualerziehung, die Hetero-, Bi-, Homo- und Transsexualität als „gleichwertige Ausdrucksformen von Sexualität vorgeben, verstoßen gegen das verfassungsrechtliche Indoktrinationsverbot“, so Winterhoff. Im Falle eines unzulässigen Sexualerziehungskonzepts bestehe für Kinder ein Anspruch auf Befreiung vom Unterricht.

Das Gutachten kritisiert ferner das geplante Unterrichtsmaterial, das die schleswig-holsteinische Sozialministerin Kristin Alheit (SPD) 2014 beim Lesben- und Schwulenverband in Auftrag gegeben hat. Die beabsichtigten Materialien für Grundschulen

mit dem Titel „EVA – Echte Vielfalt von Anfang an“ seien mit dem Grundgesetz und dem Schulgesetz des Landes Schleswig-Holstein nicht vereinbar. Auch Veranstaltungen zum Thema „Sexuelle Vielfalt“, wie sie durch schwul-lesbische Aufklärungsteams der Vereine „Haki e. V.“ und „lambda:nord e. V.“ an Schulen in dem Bundesland durchgeführt würden, seien als gesetzeswidrig zu bewerten.

Als Christen achten wir Muslime, lehnen aber die Religion des Islams ab

Helmut Matthies, Leiter von idea

Merkwürdiges geschieht in Deutschland: Schon vor den Attentaten der jüngsten Zeit haben Migrationsforscher, zahlreiche Islamwissenschaftler, ehemalige wie religiös distanziert gewordene Muslime, ja sogar selbst prominente Imame öffentlich geäußert:

1. Der Islamismus ist vom Islam nicht zu trennen.
2. Auch wenn die überwältigende Mehrheit der Muslime friedlich ist, ist es ihre Religion nicht.

Die Kirchen in weiten Teilen der Welt, besonders dort, wo es eine islamische Mehrheit gibt, wissen das nicht nur, sondern erleiden es auch mit zahlreichen Märtyrern. Nur die Kirchen in Deutschland leugnen es weithin und hartnäckig.

Nun sind in Bayern innerhalb von nur einer Woche zwei entsetzliche Gewalttaten mit tödlichen Folgen durch Muslime mit Migrationshintergrund verübt worden: in Würzburg mit einem Bekennervideo, das die Tat allein mit dem Islam begründet; in Ansbach ebenfalls ausdrücklich „im Namen Allahs“. In diesem Bundesland wird die große lutherische Landeskirche von einem Landesbischof – Heinrich Bedford-Strohm – geleitet, der islamfreundlich wie kein anderer ist. Denn er gehört einem Kuratorium an, das eine Großmoschee bauen will: dem Münchner Forum für Islam. (Im Juni wurde bekannt, dass mangels Finanzen daraus erst mal nichts wird.) Ein solches Engagement gab es bisher noch nie. Die Entscheidung des Landesbischofs, hier mitzuwirken, hat für höchste Irritationen gesorgt. Denn wie kann ein Bischof sich für die Verbreitung einer ausdrücklich antichristlichen Religion einsetzen? Würde der Chef von BMW im Kuratorium zum Bau eines Autohauses von Opel mitmachen, müsste er selbstverständlich seinen Hut nehmen. Bis heute hat der Landesbischof seinen Austritt aus dem Kuratorium nicht erklärt. Wird er nach den zwei Gewalttaten von Muslimen „im Namen Allahs“ in seinem Bundesland umdenken?

Haben unsere Kirchenleiter eigentlich den Koran schon einmal lesen? Wenn ja, würden sie sofort erkennen, dass Islam und christlicher Glaube sich wie Feuer und Wasser verhalten. Denn der Islam leugnet alles, was das Christsein ausmacht: die Kreuzigung Jesu und entsprechend seine Auferstehung, die Gottessohnschaft und damit die Erlösung. Antichristlicher geht es kaum. Von daher wirkte es auch sehr irritierend, dass der badische Landesbischof Jochen Cornelius-Bundschuh (Karlsruhe) den Muslimen für den letzten Fastenmonat Ramadan (6. Juni bis 5. Juli) eine „Stärkung im Glauben“ wünschte. Doch kann ein Christ Muslimen eine Stärkung in einem Glauben wünschen, der antisemitisch und christenfeindlich ist, der in vielen islamischen Staaten die Todesstrafe für Homosexuelle vorsieht und Frauenrechte nicht kennt? Ebenso verstörend waren Äußerungen des hannoverschen Landesbischofs Ralf Meister zum Ende des Ramadans, der von den Muslimen als unseren „Geschwistern“ sprach. Doch kann man

von Geschwistern reden bei Menschen, die all das leugnen, was für mich als Christ heilsentscheidend ist?

Die evangelische Kirche befindet sich im Blick auf den Islam seit langem – von Ausnahmen abgesehen – auf einem Irrweg, der nicht nur ihre bibeltreuen Mitglieder empört, sondern auch eine Sichtweise auf den Islam fördert, die Illusionen weckt und höchst gefährlich werden kann. Selbstverständlich haben wir als Christen Muslime zu achten und zu respektieren, aber unser dringender Wunsch muss doch sein, dass wir als Christen sie durch Worte und liebevolle Taten überzeugen und Gott bitten, sie zum Glauben an seinen Sohn zu bewegen.

Integration von Muslimen

(idea) **Ex-Ministerpräsident Beckstein für christliche Mission unter Muslimen**

Für die Verbreitung der christlichen Botschaft unter Muslimen in Deutschland hat sich der frühere bayerische Ministerpräsident Günther Beckstein (CSU) ausgesprochen. Evangelische Kirchenleitungen lehnten eine solche Mission zwar weithin ab, aber man müsse auch Muslimen sagen, „dass Christus für sie gestorben ist“, erklärte der ehemalige Vizepräsident der EKD-Synode am 16. Juli bei einer Veranstaltung in Schwäbisch Gmünd. Wenn sich bisherige Muslime für den christlichen Glauben entscheiden, sei das „etwas Positives“. Deshalb freue er sich „extrem“, dass die Bayreuther Regionalbischöfin Dorothea Greiner am 16. Juli 20 iranische Flüchtlinge getauft habe. Beckstein ermunterte Christen, ihren Glauben auch gegenüber Muslimen zu bezeugen. Nach seinen Worten besuchen inzwischen mancherorts in Deutschland mehr Menschen freitags eine Moschee als sonntags eine Kirche. Dies sei etwa bei den 20- bis 40-jährigen in Nürnberg der Fall. Ihn störe nicht, dass viele Muslime in die Moschee gingen, sondern dass Christen so wenig bereit seien, ihren Glauben zu bekennen. Beckstein dankte der Tagungsstätte, dass sie mit Kongressen auf die Lage verfolgter Christen in aller Welt hinweise. Die deutsche Politik habe dieses Problem über Jahre nicht zur Kenntnis genommen. Der Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU im Bundestag, Volker Kauder, und die Tagungen in Schwäbisch Gmünd hätten wesentlich dazu beigetragen, dass sich dies geändert habe.

(idea) **Die Pläne für ein Islamzentrum in München sind vorerst geplatzt**

Der Vorsitzende des Münchner Forums für Islam (MFI), Benjamin Idriz, teilte mit, dass das benötigte Geld dafür fehlt. Für den Bau hatte sich auch der EKD-Ratsvorsitzende und bayerische Landesbischof Heinrich Bedford-Strohm eingesetzt. Die Stadt hatte dem Forum eine Frist bis zum 30. Juni gesetzt. Bis dahin hätte es rund 4,5 Millionen Euro aufbringen müssen, um der Stadt das Grundstück abkaufen zu können. Da ein Geldgeber aus Saudi-Arabien seine Spendenzusage von drei Millionen Euro kurzfristig zurückgezogen habe, könne die Summe nicht rechtzeitig aufgebracht werden, so Idriz. In einem Schreiben habe der potenzielle Mäzen mitgeteilt, dass die saudische Regierung seine Unterstützung verhindert habe. Idriz macht dafür den deutschen Vizekanzler, Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD), verantwortlich. Er hatte Saudi-Arabien kritisiert, den Bau von Moscheen in Deutschland voranzutreiben. Das Münchner Forum für Islam wollte auf dem Grundstück neben einer Moschee unter anderem eine Bibliothek und eine Akademie für Begegnungen bauen. Der Plan, in München eine repräsentative Moschee zu errichten, sei damit aber nicht vom Tisch, so

Idriz gegenüber idea. Das Münchner Forum für Islam suche jetzt Spender in Deutschland. Der Verein bekennt sich nach eigenen Angaben zur Förderung eines friedlichen und demokratischen Islams.

(Neue Westfälische) **Muslimische Asylbewerber drohen Christen mit dem Tod**

In der nordrhein-westfälischen Stadt Schloß Holte-Stukenbrock (bei Bielefeld) haben Muslime mehreren Christen in einem Flüchtlingsheim mit dem Tod gedroht. Es geht um eine Gruppe von 14 Iranern. Wegen ihres christlichen Glaubens wurden sie alle in ihrer Heimat verfolgt und waren teilweise im Gefängnis. Deshalb flohen sie nach Deutschland und wurden in einem Zeltlager für Flüchtlinge untergebracht. Aber auch dort hörten die Schikanen nicht auf. Muslimische Asylbewerber nahmen ihnen nicht nur ihre Bibeln ab und zerrissen sie, sondern drohten ihnen offen damit, sie zu töten, sollten sie dem Christentum nicht den Rücken kehren. „Ein 30-jähriger Mann weinte fürchterlich vor Angst“, so Stephen Adeoye, Mitglied der Evangelischen Freikirche in Schloß Holte-Stukenbrock, die sich um die Iraner kümmert, sie zeitweise sogar in ihren Räumen aufnahm. Adeoye und andere Gemeindeglieder baten den Bürgermeister und die Bezirksregierung um Hilfe. Diese ließ die Asylbewerber zunächst in eine andere Unterkunft verlegen – allerdings nicht nur die 14 Christen, sondern auch ihre Peiniger. Um handeln zu können, verlange die Bezirksregierung die kompletten Namen der Muslime, die die Christen bedroht haben. Die kennen die Christen aus dem Iran jedoch nur teilweise.

Burka und Niqab verbieten?

Es ist richtig, dass die Vollverschleierung muslimischer Frauen ein exotischer Fremdkörper in unserer Öffentlichkeit ist, und dass es begründete Vorbehalte dagegen gibt. Es ist auch richtig, dass sie Ausdruck einer religiösen Einstellung und teilweise auch von den Männern verlangt wird.

Wer aber die Einstellung besonders südländischer Männer zu Frauen kennt, wird anerkennen, dass Frauen sich auch freiwillig vor deren Begehrlichkeiten schützen wollen. Wir haben in unserer freiheitlichen Gesellschaft so viel Provozierendes, Unübliches – ja Geschmackloses - eher mit zu wenig Stoff korrelierend - auf unseren Straßen und Plätzen, dass wir die Vollverschleierung auch tolerieren sollten – abgesehen davon, dass ein Verbot vermutlich gegen unsere Verfassung verstoßen würde. „*Man darf nicht alles verbieten, was man ablehnt*“ (de Maisière). Wir haben ganz allgemein jetzt schon eher zu viel als zu wenig „Regulierung“. Seien wir großzügig! vB

Oekumene

(ideaSpektrum) **Wo die Christen bereits eins sind**

Beim Kongress über Christenverfolgung Ende letzten Jahres in Schwäbisch Gmünd hat der Präsident des Päpstlichen Rates zur Förderung der Einheit der Christen, Kardinal Kurt Koch einen vielbeachteten Vortrag gehalten. Wir entnehmen dem einige Gedanken:

„Wenn ein Glied leidet, leiden alle Glieder mit.“ In dieser Weisheit im Ersten Brief des Apostels Paulus an die Gemeinde in Korinth (12,26) kann man die Grunderfahrung Glaubensgemeinschaft Kirche sehen. Denn Christen sind Glieder eines Leibes.

Wenn am Leib ein Organ schmerzt, dann betrifft dies nicht nur dieses Organ, sondern berührt den ganzen Leib.

Die Christenverfolgungen heute berühren die ganze Ökumene und stellen uns vor die Frage, was sie für uns Christen in der heutigen Zeit bedeuten. Christen werden heute nicht verfolgt, weil sie katholisch oder orthodox, protestantisch oder pfingstkirchlich sind, sondern weil sie Christen sind.

Trotz des schmerzhaften Dramas der Glaubensspaltungen haben die standfesten Glaubenszeugen in allen christlichen Kirchen und kirchlichen Gemeinschaften gezeigt, wie Gott selbst bei den Glaubenden unter dem höchsten Anspruch des mit dem Opfer des Lebens bezeugten Glaubens die Gemeinschaft auf einer tieferen Ebene aufrechterhält.

In dieser ökumenischen Hoffnung sind wir als Christen und als Kirchen verpflichtet zu wirksamer Hilfe für die verfolgten Christen, zum Engagement für die Achtung der Menschenwürde und der in ihr begründeten Religionsfreiheit und vor allem zum Mittragen der leidenden Brüder und Schwestern in unserem Gebet.

Papst Franziskus hat uns mit dem einprägsamen Satz nahegelegt: „Wenn uns der Feind im Tod vereint, wie kommen wir dann dazu, uns im Leben zu trennen?“. Ist es nicht beschämend, dass die Christenverfolger oft genug die bessere ökumenische Vision haben als wir Christen selbst, weil sie offensichtlich darum wissen, dass wir als Christen untrennbar zusammengehören? Weil das Leiden so vieler Christen in der heutigen Welt eine gemeinsame Erfahrung bildet, die sich als stärker erweist als die Differenzen, die die christlichen Kirchen noch trennen, ist das gemeinsame Martyrium der Christen heute das „überzeugendste Zeichen“ der Ökumene, wie Papst Franziskus in seiner Botschaft an die Teilnehmer an der vom Global Christian Forum im November 2015 in Tirana (Albanien) veranstalteten Konferenz über die Diskriminierung, Verfolgung und das Martyrium der Christen betont hat.

Jesus hat Einheit nicht befohlen, sondern um sie gebetet

Es muss zu denken geben, dass Jesus die Einheit den Jüngern nicht befohlen und sie auch nicht von ihnen eingefordert, sondern für sie gebetet hat. Am Gebet Jesu, „dass alle eins seien“, kann man deshalb am besten ablesen, worin die ökumenische Verantwortung im Licht des Glaubens besteht und bestehen muss. Wenn die Einheit der Jünger das entscheidende Gebetsanliegen Jesu gewesen ist, kann christliche Ökumene nur Einstimmen der Christen in das Gebet Jesu sein, indem sie sich sein Herzensanliegen zu eigen machen. Wenn Ökumene nicht rein zwischenmenschlich, sondern wirklich christologisch motiviert und fundiert ist, kann sie letztlich nichts anderes sein als „Teilhabe am Hohepriesterlichen Gebet Jesu“.

(idea) Kardinal Koch beklagt die Uneinigkeit der Kirchen in ethischen Fragen

Der Präsident des Päpstlichen Rates zur Förderung der Einheit der Christen, Kardinal Kurt Koch: „Wenn die christlichen Kirchen in Europa zu den zentralen Fragen des Lebens nicht mit einer Stimme sprechen, wird die christliche Stimme immer schwächer“, sagte Koch in einem Interview, das in den katholischen Kirchenzeitungen Österreichs veröffentlicht wurde. Deshalb müsse der ökumenische Dialog auch über ethische Fragen geführt werden. Nach Kochs Worten lautete die Devise in der ökumenischen Bewegung in den 1980er Jahren noch „Glaube trennt, Handeln eint“. Heute müsse man fast umgekehrt sagen: „Wir konnten viele Glaubensfragen vertiefen, aber

auf ethischem Gebiet sind neue Differenzen aufgetreten.“ Dies sei vor allem der Fall in der Bioethik, beim Schutz des Lebens an seinem Anfang und an seinem Ende, aber auch bei Fragen der Familie, der Ehe und der Sexualität – hauptsächlich im Zusammenhang mit der Genderdiskussion. Zum Hintergrund: Immer mehr evangelische Kirchen erlauben die Trauung homosexueller Lebenspartnerschaften und öffnen sich für das sogenannte „Gender-Mainstreaming“, das zwischen biologischem und sozialem Geschlecht unterscheidet und davon ausgeht, dass man sich frei für ein Geschlecht entscheiden kann. Die katholische Kirche sieht diese Entwicklungen kritisch.

Aufgelesen

(idea) Islam ist kein Teil der mitteleuropäischen Kultur

Die Landesversammlung des Evangelischen Arbeitskreises (EAK) der CSU hat am 8. Okt. 2016 einen Antrag angenommen, dass der Islam kein Teil der mitteleuropäischen Kultur ist. Die Tagung stand unter dem Thema „Bewusst christlich“. Weiter heißt es, der Islam habe Deutschland weder historisch noch kulturell geprägt. Der EAK sieht es als eine der wichtigsten innenpolitischen Aufgaben der nächsten Jahre, die „fortschrittlichen Muslime“ zu stärken. Eine Finanzierung von Moscheevereinen aus dem Ausland wird abgelehnt. Eine große Herausforderung stellt laut Arbeitskreis der „unstrukturierte Zustrom von Menschen“ dar, der sich im vergangenen Jahr nach Europa und Deutschland „ergossen“ habe. Die Hilfsbereitschaft der Deutschen dürfe nicht missbraucht werden von Menschen, die wirtschaftliche Vorteile erlangen oder extreme Ideologien in die Gesellschaft tragen wollten. Dem EAK zufolge stehen in Mitteleuropa nicht alle Religionen „gleich gültig“ nebeneinander.

Abtreibungen kosten den Steuerzahler jedes Jahr 40 Millionen Euro

Der Arbeitskreis fordert ebenso eine Überprüfung der Abtreibungspraxis. Ziel müsse es sein, „die täglichen Tötungen von Menschen im Mutterleib zu reduzieren sowie die gesellschaftliche Sensibilität für das komplexe Problemfeld zu stärken“. Nach dem Grundgesetz habe jeder Mensch das Recht auf Leben. Dem werde aktuell nicht Rechnung getragen. Die staatliche Finanzierung von Abtreibungen koste den Steuerzahler jährlich 40 Millionen Euro: „Obwohl es im Gesetz nicht so vorgesehen ist, wird fast jede Abtreibung von einer Krankenkasse bezahlt, der das betreffende Bundesland anschließend die Kosten erstattet.“ Da Abtreibung eine rechtswidrige Handlung darstelle, sei dies ein klarer Missbrauch von Steuermitteln.

Gegen eine „Pädagogik der sexuellen Vielfalt“ im Entwurf der bayer. Regierung

Ferner lehnte der EAK die Neufassung der Richtlinien zur Familien- und Sexualerziehung in Bayern ab. Der Entwurf der Staatsregierung vom April 2016 wimmle von Begriffen und Zielen der Gender-Theorie und von Formulierungen, „die der ‚Pädagogik der sexuellen Vielfalt‘ auch an bayerischen Schulen Tür und Tor öffneten“. Im Entwurf würden Inhalte ohne biologisch-naturwissenschaftliche Grundlage in unhaltbarer Weise ausgeweitet. Bei den Gender-Studien handle es sich nicht um wissenschaftliche Erkenntnisse, sondern vielmehr um eine höchst umstrittene Ideologie. Die derzeit gültigen Richtlinien hätten sich bewährt. Weiter heißt es: „In Bayern glaubten wir unsere Kinder vor diesen ideologischen Experimenten sicher.“ Das sei nun nicht mehr gegeben. Der EAK fordert die Regierung auf, die „missglückte Neufassung der Richtlinien“ zurückzuziehen.

(idea) **Zweierlei Maß**

Zu den Folgen des Kirchenaustritts einer Großmutter wegen angeblich homosexuellenfeindlichen Äußerungen eines Pastors nimmt idea-Redakteur Ch. Starke Stellung:

Welch ein Getöse um den Kirchenaustritt einer verärgerten 84-Jährigen! Bild, Stern, Spiegel und zahlreiche andere Medien machen den Fall publik. Der hannoversche Landesbischof Ralf Meister reagiert mit einem Offenen Brief an die Frau. Eine Kirchengemeinde bietet ihrer Familie seelsorgerliche Begleitung an. Da fragt man sich: Wo bleibt denn der Aufschrei in Kirche und Medien über die vielen – wahrscheinlich Tausenden –, die in den vergangenen Jahren wegen der Segnung homosexueller Lebensgemeinschaften und dem Ja zu schwulen oder lesbischen Partnerschaften im Pfarrhaus aus der Kirche ausgetreten sind? Dazu hört man von Kirchenleitern keine Worte des Bedauerns. Hier wird offenbar mit zweierlei Maß gemessen. Kirchenoberen erwecken den Eindruck, als seien Christen, die so denken wie Pastor Cochlovius, Vertreter einer kleinen exotischen Minderheit. Es mag sein, dass die meisten Pastoren in der hannoverschen Landeskirche die Haltung ihres Landesbischofs teilen. Aber ist sie das Maß aller Dinge? Die große Mehrheit der Christenheit – Katholiken, Orthodoxe und Evangelikale – betrachtet praktizierte Homosexualität als Sünde. Sie berufen sich dabei auf die Bibel. Zur Erinnerung: Noch 1996 erklärte die EKD in ihrer Orientierungshilfe „Mit Spannungen leben“, nach den biblischen Aussagen zur Homosexualität müsse man feststellen, „dass nach diesen Aussagen homosexuelle Praxis dem Willen Gottes widerspricht“. Heute erklären führende Vertreter der EKD und der Landeskirchen, praktizierte Homosexualität sei keine Sünde. Wie schnell sich doch die Meinungen der Kirchenoberen ändern! Bleibt nur zu hoffen, dass andere Äußerungen der EKD eine längere Gültigkeit haben.

(idea) **Kirchen sollen bei der Transplantationsmedizin umdenken**

Ein Umdenken der Kirchen beim Thema Transplantationsmedizin fordert die „Ärztliche Ad-Hoc-Gruppe Hirntod“ (AGH). Die 2011 gegründete Initiative hat sich mit einem Offenen Brief an den EKD-Ratsvorsitzenden, Landesbischof Heinrich Bedford-Strohm gewandt und ihn gebeten, die Haltung der Kirche zur Organentnahme bei sogenannten hirntoten Menschen zu überdenken. Die Gemeinsame Erklärung der Kirchen zur Organspende aus dem Jahr 1990 sei nicht mehr zeitgemäß, schreibt der Leiter der AGH und der Ärztevereinigung Lebensrecht, der Arzt Gero Winkelmann (Unterhaching bei München). Sie müsse dringend überarbeitet werden. Die Kirchen dürften sich nicht länger zum „Steigbügelhalter der Transplantationsmedizin machen lassen und Ahnungslose in falscher Sicherheit wiegen“, so der Mediziner. Denn der Hirntod sei nicht gleichzusetzen mit dem Gesamttod: „Die für ‚hirntot‘ erklärten Patienten sind noch lebendig und sterben erst durch die Organentnahme.“ Die Bundesärztekammer beabsichtige deshalb, den missverständlichen Begriff des Hirntods künftig durch die Formulierung „irreversibles Hirnversagen“ zu ersetzen. Winkelmann: „Wir Ärzte fordern ein klares Nein zum Hirntodmodell und zur derzeitigen Praxis der Hirntoddiagnostik und der Organentnahme bei schlagendem Herzen.“ Auf Angehörige dürfe kein Druck ausgeübt werden, die Organe eines Sterbenden zu spenden, auch nicht mit dem Argument der Nächstenliebe. Vielmehr habe Kirche die Aufgabe, sterbende Patienten bis zum Schluss geistlich zu begleiten und zu betreuen.

(idea) **1136 eingetragene Lebenspartnerschaften aufgehoben**

2015 wurden in Deutschland 1136 gleichgeschlechtliche eingetragene Lebensgemeinschaften aufgehoben. Das waren 1,4 % mehr als im Jahr zuvor. Darüber, wie viele Lebenspartnerschaften 2015 geschlossen wurden, liegen noch keine Zahlen vor. 2014 waren es 7112. Das Gesetz über die eingetragene Lebenspartnerschaft aus dem Jahr 2001 ermöglicht es zwei Menschen gleichen Geschlechts in Deutschland, ihrer Beziehung einen rechtlichen Rahmen zu geben. Unter den EKD-Gliedkirchen halten bisher die Evangelische Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz, die Evangelische Kirche in Hessen und Nassau, die Evangelische Kirche im Rheinland sowie die Evangelische Landeskirche in Baden neben Segnungs- auch Traugottesdienste für gleichgeschlechtliche Paare ab.

(BAYERISCHER RUNDFUNK) **Was kirchliche Pressemitteilungen verschweigen**

Die evangelische und katholische Kirche unternehmen zu wenig gegen Austritte. Diese Ansicht vertrat der Journalist des Bayerischen Rundfunks, Hans-Joachim Vieweger in einem Radiokommentar. Im vergangenen Jahr hatten über 400.000 Menschen die beiden Großkirchen verlassen. In der Sendung „Zum Sonntag“ auf „Bayern 2“ am 20. August kritisierte Vieweger, dass die kirchlichen Pressestellen wie Wirtschaftsunternehmen „die schlechten Zahlen hinter guten Zahlen versteckt“ hätten. Zwar verwiesen sie darauf, dass die Kirchenaustritte 2015 im Vergleich zum Vorjahr zurückgegangen seien, sie hätten aber verschwiegen, dass es die zweithöchste Zahl in den vergangenen 20 Jahren gewesen sei. Vieweger vermutet, dass die Kirchenaustritte kein Thema sind, weil die Kirchensteuereinnahmen weiter steigen.

Jesus hätte es anders gemacht

Nach Ansicht von Vieweger hätte Jesus anders reagiert. Dabei verwies er auf dessen Gleichnis vom guten Hirten (Mt 18,10-11). Er sei jedem verlorenen Schaf nachgegangen, um es zu retten. Die Worte „verloren“ und „gerettet“ würden in der Kirche kaum noch vorkommen. Vieweger: „Wird deutlich, dass es im Letzten nicht um Kirchenmitgliedschaft, sondern um unser Verhältnis zu Gott geht? Dass uns Christus den Weg zu Gott eröffnet, dass wir aber auch verloren gehen können?“ Laut Vieweger verändern sich die Kirchen von „Volkskirchen“, in der der Glaube aus Tradition weitergegeben werde, hin zur „Entscheidungskirche – einer Kirche, in der sich Menschen bewusst zu ihrer Kirche bekennen“.

Papst Benedikt XVI. hat Recht

Der Journalist fragt, wo sich die Kirche darauf einstelle. Es werde viel Zeit und Geld darauf verwendet, Strukturen zu erhalten und in der Öffentlichkeit „ein wichtiges Wort mitzusprechen“. Wie viel werde aber investiert, Menschen ganz neu das Evangelium zu verkünden und zu missionieren – „nicht weit weg, in fernen Ländern, sondern hier, in Deutschland, wo die Glaubenssubstanz wegbricht“. Er stimme Papst Benedikt XVI. zu, der die „Abwesenheit des Glaubens bis tief in die Kirche hinein“ beklagte. Vieweger ist Mitglied der bayerischen Landessynode und Sprecher des Arbeitskreises Bekennender Christen in Bayern (ABC).

Ruf zur Klarstellung

Niemand kann und sollte zu einem bestimmten Glauben gezwungen werden. Wenn jemand meint, dass auf Bibel und Bekenntnis gründende Glaubensaussagen unglaubwürdig – weil dem modernen Menschen „nicht mehr vermittelbar“ - seien, so ist das sein Recht, dies öffentlich zu diskutieren.

Ein auf Bibel und Bekenntnis ordinierter Pfarrer aber verstößt gegen sein Ordinationsgelübde und verlässt das biblische Fundament, wenn er Kernaussagen der Bibel öffentlich infrage stellt und erweckt implizit den Anschein, als vertrete er als Pfarrer damit eine Position der Kirche; diese muss ihm deshalb öffentlich widersprechen.

Wenn ein Pfarrer sich mit Glaubensaussagen der Bibel und seinem Ordinationsgelübde nicht mehr identifizieren kann, sollte er ehrlich sein und den kirchlichen Verkündigungsdienst verlassen.

Das Ordinationsgelübde lautet: „Bist Du bereit, das Evangelium von Jesus Christus, wie es in der Heiligen Schrift gegeben und im Bekenntnis unserer Evang.-Luth. Kirche bezeugt ist, zu predigen und die Sakramente ihrer Einsetzung gemäß zu verwalten, so bezeuge es vor Gott und dieser Gemeinde mit deinem Ja.“ vB

Veranstaltungshinweis

11. Münchner Regionaltagung der Studiengemeinschaft Wort & Wissen

Die Schöpfung – genial und schmerzvoll

am 19.11. 2016 von 10 – 18 Uhr

Veranstaltungsort: Freie Evangelischen Gemeinde, Mozartstraße 12, 80336 München

Anmeldung erwünscht bis 12. 11. 2016 per email unter *friedrich.abel@unibw.de*,

(oder telefonisch unter 089/6133000)

Literaturhinweis

idea ist eine unabhängige evangelische Nachrichtenagentur, die dazu beitragen möchte, engagierte Christen über Ereignisse und Entwicklungen in der christlichen Welt zu informieren, die für ihr Christsein bedeutsam sind und möchte dabei auch eine Brücke bauen zwischen Christen verschiedener Prägungen.

Das Nachrichtenmagazin *ideaSpektrum* erscheint wöchentlich (48 Hefte im Jahr) und liefert aktuelle Informationen, Reportagen und Hintergrundberichte. *ideaSpektrum* wird auf dem Postweg zugestellt und kostet **monatlich (inkl. Versandkosten** innerhalb Deutschlands):

€ 9,95 im Heft-Abo (gedruckte Ausgabe)

€ 7,50 im Digital-Abo (E-Paper, App für Tablet-PC und Smartphone)

€ 10,95 im AboPlus (Heft und digitales Ausgabe)

Ermäßigte Preise für Schüler, Studenten usw. auf Anfrage

Sie können *ideaSpektrum* **kostenlos** jetzt **drei Wochen** gratis testen.

Informationen und Bestellungen sind telefonisch oder per E-Mail/Internet möglich:

(0 64 41) 915 – 0 / aboservice@idea.de / www.idea.de

Abs. Lebendige Gemeinde München e.V.
p.a. Pfr. Dieter Kuller
Grünwalder Str. 103 c, 81547 München

Wir danken den Spendern, die die Herausgabe dieses Informationsbriefes wieder ermöglicht haben. Da wir keinerlei Zuschüsse erhalten, sind wir **auf Ihre Spenden angewiesen.**

Deutsche Post

Anrede
 Titel
 Vorname, Name
 Straße
 PLZ Ort

Wir danken für die Zuschriften, die wir sorgsam bedenken. Wir bitten um Verständnis, dass wir nicht alle individuell beantworten können, da wir ehrenamtlich arbeiten und über kein Büro verfügen.

Impressum

Die Informationsbriefe werden von der Arbeitsgemeinschaft LEBENDIGE GEMEINDE MÜNCHEN e.V., herausgegeben. ViSdP Pfr. Dieter Kuller, Grünwalder Str. 103 c, 81547 München, Tel. 089/591029, Fax 089/45 24 06 84; eMail: lgm-mail@gmx.de

Druck: IRIS Buch- und Offsetdruck Karl Singer e. K., Zugspitzstr. 14, 81541 München

Herstellung und Versand der InfoBriefe kosten viel Geld, das durch Spenden aufgebracht wird. **Wir bitten und hoffen, dass viele Freunde mit Spenden die Herausgabe des InfoBriefes auch weiterhin ermöglichen.**

Die Lebendige Gemeinde München e. V. ist als gemeinnützig anerkannt und kann steuerlich absetzbare Zuwendungsbestätigungen ausstellen. Bitte geben Sie dazu auf Ihrer Überweisung deutlich Name und Adresse an.

Unsere Bankverbindung: Evangelische Bank eG BIC: GENODEF1EK1,
 IBAN: DE93520604100003403904 (Überweisungsträger in der Mitte des Heftes).

Der vorliegende InfoBrief kann bei Pfarrer Dieter Kuller nachbestellt werden